

Überschrift/Titel:	"Wasser und nachhaltige Entwicklung im Zeichen des Klimawandels"
Untertitel:	Position der Bundesregierung zu Klimawandel und Armutsbekämpfung und zur bevorstehenden Klima-Konferenz
Redner/in:	StS Becker
Anlass:	CARE/ ZEF - FACHVERANSTALTUNG
Ort:	Bonn, Deutsche Welle, 28.5.2010, ca.: 10.30 – 11.00 Uhr

Sehr geehrter Herr Scharrenbroich, sehr geehrte Frau Professor Dr. Gerke, sehr geehrter Herr Dr. Markmiller,

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich bedanke mich für die Einladung. Ich freue mich hier zu Ihnen sprechen zu können. Bei einer Organisation, bei der die praktische Hilfe das konkrete Handeln im Vordergrund steht was sich ja wohltuend unterscheidet vom abstrakten politischen Diskurs;

bei einer Organisation, die Erfolge verzeichnen kann im konkreten Kampf gegen die schlimmen Folgen des Klimawandels.

Wir befinden uns in einer klimapolitisch dramatischen Zeit – einer Zeit mit und ohne Entscheidungen und – was die aktuellen Klimaverhandlungen angeht – in Bonn an einem zentralen Ort.

Herr Scharrenbroich hat dies in seiner Einführung bereits angesprochen.

Das wenig zufriedenstellende Ergebnis der 15. Vertragsstaatenkonferenz in Kopenhagen hatte die Bundeskanzlerin Ende letzten Jahres zum Anlass genommen,

für Anfang Mai Umwelt- und Klimaschutzministerinnen und -minister der ganzen Welt zu informellen Diskussionen auf den nahegelegenen Petersberg einzuladen.

Mit diesen Diskussionen im – relativ kleinen - Ministerkreis ist es gelungen, wieder Schwung in die offiziellen UN-Verhandlungen zu bringen. Diese formellen Verhandlungen werden in drei Tagen einige Schritte von hier, im Maritimhotel, fortgesetzt. Verhandlungen, die hoffentlich einen weiteren wichtigen Schritt auf dem Weg zu Verhandlungserfolgen in Cancún in Mexiko bedeuten.

Wo stehen wir also aktuell, zwischen den Verhandlungen in Kopenhagen im Dezember 2009 und ein halbes Jahr vor Cancún im Dezember 2010?

Das Ziel von Deutschland und der EU für den internationalen Klimaschutzprozess bleibt unverändert. Der Abschluss eines umfassenden rechtsverbindlichen Klimaschutzabkommens post-2012, das den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf 2 Grad Celsius gegenüber vorindustriellem Niveau begrenzt. Diese Begrenzung ist wichtig, um die weltweite Klimaänderung mit weit reichenden Folgen für Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft zumindest in Schranken zu halten.

Auf der Klimakonferenz in Kopenhagen haben wir, wie Sie alle wissen, nicht den erwünschten Durchbruch erzielt. Aber wir haben erstmals ein gemeinsames Bekenntnis von Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern zu dringendem Handeln im Klimaschutz erreicht. Seit Kopenhagen haben sich über 120 Staaten zu der Vereinbarung von Kopenhagen, dem „Copenhagen Accord“, bekannt. Alle Industrieländer und die großen Schwellenländer haben ihre Minderungsziele bzw. Minderungsbeiträge mitgeteilt.

Die Vereinbarung von Kopenhagen hält außerdem erstmals fest, dass wir uns mit unseren Klimaschutzaktivitäten am 2-Grad-Ziel messen lassen wollen. Die über 120 Staaten, die sich bisher der Vereinbarung von Kopenhagen angeschlossen haben, repräsentieren 80 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen. Noch reichen die

genannten Minderungsbeiträge nicht aus, um unter 2 Grad zu bleiben. Aber wir haben dadurch zum ersten Mal einen Überblick, was im Rahmen der verpflichtenden und der freiwilligen Maßnahmen möglich zu sein scheint.

Auf der nächsten Weltklimakonferenz in Cancún im Dezember wird es darum gehen, das Paket von Kopenhagen zu einer Grundlage für die Entscheidungen zu machen.

Ambitionierter Klimaschutz braucht aber nicht nur anspruchsvolle internationale Vereinbarungen, sondern auch die Umsetzung in den Ländern. Deutschlands Zusage, Emissionsreduzierungen bis 2020 von 40% im Vergleich zum Basisjahr 1990 zu erreichen, steht deshalb natürlich weiterhin.

In der EU hat die Diskussion begonnen, das Minderungsziel von 20 auf 30 Prozent zu erhöhen. Dafür setzt sich das Bundesumweltministerium klar ein.

Denn wir wollen und müssen unseren Beitrag zum globalen Klimaschutz leisten: das Gesamtziel für die Industrieländer liegt bei einer Verminderung der Treibhausgasemissionen um mindestens 80% bis 2050. Das heißt, dass unsere Gesellschaft und Wirtschaft nahezu kohlenstofffrei gestaltet werden müssen. Wir tun dies zum Klimaschutz, aber auch weil wir überzeugt sind, dass wir so die notwendige Transformation unserer Volkswirtschaft anstoßen und damit Wachstum und Beschäftigung in Zukunftssektoren schaffen. Wir brauchen: Erneuerbare Energien, mehr Energieeffizienz, mehr Rohstoffeffizienz. Je eher und ehrgeiziger wir diese Transformation betreiben, desto vorteilhafter ist dies für uns: ökologisch wie ökonomisch. Hinhaltestrategie hilft nicht. Wer zu spät kommt, wird Verlierer sein.

Wenn wir nach vorne blicken, ist es aus meiner Sicht immer wieder wichtig, dass wir Wirtschaftsentwicklung und Klimaschutz zusammen sehen und uns auch immer wieder vor Augen führen, dass wir 2050, also in 40 Jahren, neun Milliarden Menschen auf der Welt sein werden und nicht mehr nur sechs oder sieben. Alle diese Menschen haben einen Anspruch auf Wohlergehen und Wohlstand.

Ressourceneffizienz wird auf jeden Fall ein ganz wichtiger Punkt sein, mit dem wir leben müssen, denn bei dem heutigen Ressourcenverbrauch wird es nicht gelingen, neun Milliarden Menschen zu ernähren.

Deshalb ist es sinnvoll und vernünftig, sich mit einer besseren Energieversorgung und mit dem Einsparen von Ressourcen zu beschäftigen. Man tut damit also genau das Richtige, wenn man eine gute Entwicklung der Welt möchte.

Die Ergebnisse des Petersberger Klimadialogs, den wir unter dem Vorsitz von Bundesumweltminister Dr. Röttgen gemeinsam mit seinem mexikanischen Amtskollegen Elvira Anfang Mai erfolgreich abgehalten haben, sind schnell skizziert.

Es ging insbesondere darum, in informeller Runde einen Raum für Vertrauen zu schaffen, das nicht ausreichend vorhanden war und zudem in Kopenhagen gelitten hatte. Diese Vertrauensbildung ist gut gelungen und alle Teilnehmer waren sich einig, diese Art der vertraulichen Zusammenkunft der Ministerebene, begleitend zu den formellen Treffen, weiter zu führen.

Inhaltlich haben die Minister, Ministerinnen und hochrangige Vertreter aus 43 Ländern, die alle wichtigen Ländergruppen und geografischen Destinationen repräsentierten, die Notwendigkeit eines völkerrechtlich-bindenden Ergebnisses bekräftigt.

Ob dies schon in Cancún erreicht werden kann, ist zweifelhaft. In jedem Fall sollen bis zum Ende der Verhandlungen in Cancún möglichst viele der in Kopenhagen noch offen gebliebenen inhaltlichen Fragen beantwortet werden.

Eben hat Herr Scharrenbroich darauf hingewiesen, dass die Mühlen der Politik langsam mahlen, während konkrete Hilfeleistungen schnell wirksam werden.

Um diesem Umstand gerecht zu werden stand auf dem Petersberg ein weiterer Aspekt des Austausches auf der Tagesordnung:

Verschiedene Länder haben konkrete Klima-Initiativen vorgestellt, beispielsweise laufende Initiativen zur Verringerung der Emissionen aus Entwaldung oder Technologieprojekte für mehr Klimaschutz.

Wir brauchen beides: ein ambitioniertes VN-Klimaabkommen und schnellstmöglichen praktischen Klimaschutz, der auch gute Beispiele zur Nachahmung liefert.

Deshalb: diese Formen praktischer Zusammenarbeit dürfen keinen Abschied vom Ziel eines globalen Abkommens bedeuten. Wenn wir keine globalen gemeinsamen Ziele und deren transparente und einheitliche Überprüfung haben, werden uns alle Einzelaktivitäten nicht wirklich nach vorne bringen.

Im Kontext eines zukünftigen weltweiten Systems zur Unterstützung und Prüfung von Klimaschutzanstrengungen ist auch die folgende Initiative zu sehen:

Deutschland hat beim Petersberger Klimadialog gemeinsam mit Südafrika und Südkorea eine Initiative ins Leben gerufen, die Entwicklungsländer dabei unterstützt, umwelt- und klimafreundliche Wachstumsstrategien zu entwickeln und deren Umsetzung transparent, messbar und nachvollziehbar zu machen.

Bundesumweltminister Röttgen hat außerdem angekündigt, dass die Bundesregierung rund 30 Prozent, das sind mindestens 350 Millionen Euro in drei Jahren, der Sofortfinanzierung für den internationalen Klimaschutz ("fast start") für die Vermeidung von Emissionen aus Entwaldung in Entwicklungsländern einsetzen wird.

Außerdem wird die Bundesregierung in diesem Jahr 10 Millionen in den Anpassungsfonds des Kyoto-Protokolls zur Unterstützung von Anpassungsmaßnahmen besonders betroffener Entwicklungsländer einzahlen.

Das alles zeigt: Wir bewegen etwas.

Aber: Es ist noch zu wenig angesichts der Größe der Aufgabe.

Die Auswirkungen des Klimawandels kennen wir.

Wir wissen alle, was kommt, wenn wir nicht Einhalt gebieten.

Aber wir erleben es noch nicht hautnah.

Das ist der Unterschied zur Finanzkrise. Dort haben wir in den Abgrund geschaut – und rasch kehrt gemacht. Bei der Klimakatastrophe wird es anders sein. Wenn wir den Abgrund sehen, wird es zu spät sein für die Kehrtwende. Der Bremsweg bei der Klimakatastrophe ist länger als bei der Finanzkrise. Deshalb müssen wir jetzt handeln.

Anrede,

Bislang habe ich in der Hauptsache von einer Säule verantwortungsvoller Klimapolitik gesprochen:

Der Vermeidung von klimaschädlichen Emissionen.

Hier dürfen wir in unseren Anstrengungen nicht nachlassen, damit die Folgen, die sich für die Menschen, die Umwelt, aber auch die Wirtschaft aus der globalen Klimaerwärmung ergeben, noch einigermaßen beherrschbar bleiben.

Bekannt ist aber auch, dass die Auswirkungen des Klimawandels überall auf der Welt bereits spürbar sind.

Das ist die zweite wichtige Säule unseres klimapolitischen Handelns.

Denn wir sind gut beraten, uns frühzeitig auf die sich abzeichnenden Folgen für die Bevölkerung, die Umwelt und die Wirtschaft vorzubereiten: Anpassung an die Folgen des Klimawandels ist akut, aber auch aus Vorsorge, um schlimmste Entwicklungen zu vermeiden, ohne dabei die erforderlichen Anstrengungen im Klimaschutz zu verringern.

Die **UN-Verhandlungen zum Thema Anpassung** stimmen mich optimistisch:

Die EU hat in den Verhandlungen ein übergreifendes Anpassungsprogramm oder -rahmenwerk vorgeschlagen, um Entwicklungsländer dabei zu unterstützen, ihre Anpassungsmaßnahmen zu planen und umzusetzen.

Darüber, dass ein solches Programm sinnvoll ist, sind sich alle Länder einig.

Bei den Verhandlungen in Kopenhagen sind wir recht weit gekommen und ich halte einen Beschluss zu diesem Thema beim nächsten UN-Klimagipfel in Cancún für notwendig und wahrscheinlich.

Konkrete Elemente für ein Anpassungsprogramm oder -Rahmen sind aus meiner Sicht:

Bestimmung der Reichweite und der Kompetenzen dieses Programms, die Klärung der institutionellen Seite und vor allem, ob dem Programm in größerem Maße Geld zur Verfügung stehen soll.

Einigkeit besteht international, dass regionale Zentren Entwicklungsländer wissenschaftlich und technisch bei ihren Anpassungsmaßnahmen unterstützen sollen. Ihre Funktion wäre es, für verbesserten Wissensaustausch zu sorgen und Entwicklungsländer bei der Planung konkreter Anpassungsmaßnahmen zu helfen.

Ich freue mich, dass der allgemeine Konsens, dass international mehr zur Unterstützung von Entwicklungsländern bei der Anpassung getan werden muss, schon zu solchen konkreten Vorschlägen gereift ist.

Dies führt mich direkt zu drei konkreten Umsetzungsbeispielen der Bundesressorts BMBF, BMU und BMZ, wo Entwicklungs- und Schwellenländer unmittelbar und direkt unterstützt werden:

Auch die 3. Weltklimakonferenz (World Climate Conference3), hatte Mitte letzten Jahres die Bedeutung herausgestellt, weltweit verlässliche regionale Klimadaten und Klimainformationen für Entscheidungen unter den Unsicherheiten und Variabilitäten des künftigen Klimas bereitzustellen.

Dieser Beschluss zur Förderung und Bereitstellung von weltweiten, sogenannten Climate Services wurde von BMVBS, BMU und BMBF voll unterstützt.

Ergänzend dazu initiiert und finanziert **BMBF** aus einem stärker wissenschaftlich orientierten Blickwinkel den Aufbau und die Vernetzung zweier regionaler **Forschungs- und Beratungszentren zu Klimawandel und nachhaltiger Landnutzung** (Regional Climate Service Centers – RSSC) im südlichen und westlichen Afrika.

Mit diesen Zentren sollen afrikanische Schwellen- und Entwicklungsländer unterstützt werden, Kompetenzen und Kapazitäten in Forschung und Entwicklung zur Anpassung an den Klimawandel sowie zur Entwicklung und Umsetzung eines angepassten Landmanagements aufzubauen.

Das **BMU** leistet durch die Finanzierung von Klimaschutzprojekten in Entwicklungs- und Schwellenländern einen effektiven Beitrag zur Emissionsminderung in den Bereichen klimafreundliche Wirtschaft und REDD+ und zur Anpassung.

Der **Internationalen Klimaschutzinitiative** stehen jährlich 120 Millionen Euro aus den Versteigerungserlösen der Emissionszertifikate zur Verfügung. Mit dieser neuen Form der Umweltzusammenarbeit wird auch die bestehende Entwicklungszusammenarbeit der Bundesregierung unterstützt.

Aber durch gezielte Kooperationen mit Partnerländern werden wiederum auch wichtige Impulse für die Verhandlungen über ein internationales Klimaabkommen für die Zeit nach 2012 gesetzt.

Daher leistet die Klimaschutzinitiative – ähnlich wie die oben erwähnten zusätzlichen Klimaschutzinitiativen - sozusagen im Gegenstromprinzip auch einen planvollen Beitrag zur internationalen Diskussion um die Ausgestaltung einer Klimafinanzarchitektur und liefert ein greifbares Beispiel der direkten Umsetzung.

Bei der Projektauswahl legt das Bundesumweltministerium großen Wert auf die Entwicklung von innovativen und multiplizierbaren Lösungsansätzen, die über das Einzelprojekt hinaus Wirkung zeigen und übertragbar sind.

Anpassungsprojekte sollen in einem integrierten Ansatz möglichst mehrere Anpassungsaspekte, wie Wasserressourcenmanagement, optimierte Landnutzung, nachhaltige Biomasseproduktion, Gesundheitsprävention aber auch Katastrophenvorsorge und Migrationsmanagement einbeziehen.

Ich möchte Ihnen nun kurz an zwei Beispielen zeigen, wo und wie das BMU durch die Projektförderung Hilfe bei der Anpassung leistet:

Das Projekt „**Verbesserung der Wasserbewirtschaftung zur Anpassung an den Klimawandel**“ basiert auf einer Dreieckskooperation zwischen Äthiopien, Israel und Deutschland.

Äthiopien hat in der Vergangenheit immer wieder Dürreperioden und damit verbundene Hungersnöte erlebt. Die Auswirkungen des Klimawandels stellen das Land vor besondere Herausforderungen. Die verlässliche Abfolge von trockenen und feuchten Perioden nimmt ab, das Auftreten von Extremereignissen wie Dürren und Hochwasser nimmt zu.

Das Vorhaben umfasst die Förderung des nachhaltigen Wasserressourcenmanagements, die Verbesserung der Bewässerungsproduktivität und die Nutzung von behandeltem Abwasser. Die erhöhte Produktivität der landwirtschaftlichen Betriebe und die verbesserte Vermarktung der Agrarprodukte führen zu einer Steigerung des Individualeinkommens der Landwirte.

Das zweite Projekt, das ich kurz skizzieren möchte, unterstützt die Entwicklung von anwendungsfreundlichen „**Versicherungsinstrumenten zur Anpassung an den Klimawandel**“. Trotz des weltweit großen Interesses sind die Erfahrungen mit dem Angebot von Wetterversicherungen gegen die finanziellen Risiken extremer Wettersituationen in Schwellen- und Entwicklungsländern noch sehr gering. Erfolgreiche Pilotvorhaben gibt es

derzeit u.a. in Mexiko, Indien, Ghana, Malawi und der Mongolei.

Das durch die IKI unterstützte Pilotvorhaben in China trägt dazu bei mit den relevanten Partnern das notwendige Know-how aufzubauen und zu multiplizieren, um moderne Wetterversicherungen zu entwickeln. Mit dem Angebot der Versicherung wird auch der unterentwickelte, landwirtschaftlich genutzte, ländliche Raum unterstützt und gefördert.

Aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und damit aus der Zuständigkeit des **BMZ** stammt das dritte Beispiel konkreter Ressortumsetzung:

Um die klimapolitisch bedeutenden Themen Klimaschutz und Anpassung fest in der bundesdeutschen Entwicklungszusammenarbeit zu verankern, hat die GTZ – wie übrigens auch die KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) – einen **Klima-Check** entwickelt, der bei allen Vorhabensprüfungen der technischen Zusammenarbeit zum Einsatz kommen wird. Mit dem „Climate Proofing“ werden Auswirkungen des Klimawandels auf Vorhaben und ihre Wirkungen systematisch erfasst und Anpassungsoptionen und -bedarfe identifiziert. Mit dem „Emission Saving“ soll der Beitrag von Projekten zur Minderung der Konzentration klimarelevanter Treibhausgase optimiert werden.

Anrede,

Während Mitigation, also die Vermeidung klimaschädlicher Emissionen, eng mit den Sektoren Energie (-erzeugung und -nutzung) und Verkehr zusammenhängt, ist Anpassung stark mit Wasser und Landnutzung verknüpft. Daher ist auch klar, dass auf regionaler bzw. nationaler Ebene je nach den Hauptherausforderungen Schwerpunkte gesetzt werden müssen.

Die Klimaschutz- und Anpassungsanstrengungen eines verkehrs- und energieintensiven mittel- oder nordeuropäischen Landes und deren Gesellschaft sind sicher anders gelagert, als in stark von den natürlichen Bedingungen und der Landwirtschaft abhängigen Ländern, wie Äthiopien oder Ghana.

Anpassung ist, auch unter den mit verschiedenen Klimaszenarien verbundenen Klimafolgen zukunftsfähig zu bleiben.

Anpassung ist damit ein Querschnittsthema der Nachhaltigkeit, das viele Bereiche unseres Lebens, unserer Umwelt und unseres Handelns durchdringt und daher Teil unserer planerischen Abwägungen und Teil aller Entscheidungen in den Fachpolitiken sein sollte.

National wie international.

Aber Anpassung heißt meiner Meinung nach NICHT nun grundsätzlich alles anders zu machen.

Meist bedeutet Anpassung ein mehr an Anstrengung, um Zustände, wie Armut, Unterernährung, aber auch Überschwemmungen, die auch ohne Klimawandel vorhanden sind, und die durch den Klimawandel verschärft werden, abzuwenden oder zu mildern.

Anpassung bedeutet auch, und da bin ich mit dem Ansatz der Studie einer Meinung, dass es um eine andere Art der Risikobetrachtung geht, die Vulnerabilitäten und Resilienzen von Gesellschaften aber auch von Einzelnen einbezieht. Und es geht um eine andere Art Aktivitäten miteinander zu denken und zu verknüpfen, um zu einem Mehrwert zu kommen.

Anrede,

Die eben kurz vorgestellte Studie trägt den Titel „Warten bis das Wasser kommt.“

Für mich klingen da zwei Aspekte an, zum einen das Warten auf Regen, auf das lebensnotwendige durch keinen anderen Stoff zu ersetzende Nass, ohne dass wir nur wenige Tage überlebensfähig sind und welches auch Grundlage für die Ökosysteme unseres Planeten ist.

StS Becker Titel: "Wasser und nachhaltige Entwicklung im Zeichen des Klimawandels"

Zum anderen impliziert der Titel auch, dass untätig, in einer Position der Ausweglosigkeit und Inaktivität geharrt wird, bis die zerstörerische Seite des Wassers zuschlägt, durch Erosion, Sturzfluten, Überschwemmungen und dem Anstieg des Meeresspiegels.

Weder Dürre noch Überschwemmungen, weder Aktionismus noch Untätigkeit sind gut. Sowohl beim Wasser als auch im Handeln kommt es auf das richtige Maß an.

Wasser ist eines der großen global bedeutsamen Zukunftsthemen unserer Weltgemeinschaft.

Denn es gilt das Dictum: Ohne Wasser – keine Entwicklung.

Das absehbare weltweite Bevölkerungswachstum und die damit verbundene zunehmende Nachfrage nach Nahrung, Energie und Wohlstand hängen direkt mit der Verfügbarkeit und dem Zugang zu ausreichenden Mengen qualitativ adäquater Wasserressourcen zusammen.

Der Klimawandel in den bereits existierenden Wasserknappheitsregionen wird die Angebotssituation deutliche verschlechtern.

Diese Erkenntnis ist nicht wirklich neu.

Bereits im Jahr 2000 hat die internationale Staatengemeinschaft – beim so genannten Millenniumsgipfel – sowie beim Weltgipfel für Umwelt und Entwicklung 2002 in Johannesburg auf diese Zusammenhänge hingewiesen und die bekannten Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) formuliert, die unser Handeln leiten.

Seither sind zweifelsohne Fortschritte erzielt worden.

So zeichnet sich ab, dass das Ziel einer Halbierung der Anzahl der Menschen ohne ausreichende Trinkwasserversorgung erreicht werden kann, mit Ausnahme der afrikanischen Länder südlich der Sahara.

Dahingegen sind weiterhin große, zusätzliche Anstrengungen nötig, um die Zielsetzung in der Sanitärversorgung bis 2015 auch nur annähernd zu erreichen.

Rund 2,6 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu einem Abwasserbeseitigungssystem. Dabei ist die sichere Sammlung und Behandlung von Fäkalien eine Grundvoraussetzung für Verbesserung der Gesundheitssituation und der Leistungsfähigkeit und des Wohlbefindens der Menschen; nicht nur in den Slums der Megacities, sondern auch in ländlichen Regionen.

Wenn es um die Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele geht, steht Deutschland mit seinem umfangreichen Entwicklungshilfeprogramm im Wassersektor gut da: Deutschland zählt zu einem der drei größten Geberländer in Bezug auf die Unterstützung bei der Wasser- und Sanitärversorgung und ist gleichzeitig der größte Geber in Afrika.

Deutschland hat seine jährlichen Verpflichtungen im Wasser- und Sanitärsektor in den letzten Jahren von 350 Millionen Euro in 2005 auf mehr als 900 Millionen Euro in 2008 mehr als verdoppelt.

Ungefähr 40% davon fließen in die Unterstützung für die Sanitärversorgung. Deutschland versorgt somit ca. 25 Millionen Menschen in der Sub-Sahara Afrika mit nachhaltigem Zugang zu Trinkwasser und ermöglicht 5 Millionen Menschen den Zugang zur Sanitärversorgung bis zum Jahr 2015.

Gleichfalls unterstützt Deutschland den Prozess zur Anerkennung des Zugangs zu Wasser- und Sanitärversorgung als Menschenrecht.

BMZ und AA sind dabei Hauptakteure im Rahmen der Umsetzung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit.

StS Becker Titel: "Wasser und nachhaltige Entwicklung im Zeichen des Klimawandels"

Aber selbst wenn wir die Millenniumsziele erreichen, dann sind wir in den Bereichen Trinkwasser und Sanitärversorgung erst den halben Weg gegangen. Dies auch vor dem Hintergrund, dass der Bevölkerungszuwachs und die Auswirkungen des globalen Klimawandels die Situation aller Voraussicht nach wieder verschärfen werden.

Wir haben noch einen längeren gemeinsamen Weg vor uns!

Ihnen gilt mein Dank, dass Sie sich heute mit Ihrer Tagung sich diesem wichtigen Thema widmen.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen viel Erfolg bei der Erfüllung der Ziele, die wir nur gemeinsam erreichen können!